

Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift des Allgem. Deutschen Gärtner-Vereins
(Sitz Berlin) und des Verbandes der Gärtner Österreichs (Sitz Wien)

Erscheint jeden Sonnabend.

Für Mitglieder oben genannter Verbände jede zweite Nummer mit der illustrierten Beilage „Gärtner-Fachblatt“. Mitglieder dieser Verbände erhalten beide Fachzeitschriften unentgeltlich.
** Annahmeschluss für dringende Berichte: Montag früh **

Schriftleitung und Versand:

Berlin S 42, Luisenufer 1 -
Fernruf: Moritzplatz 3725

Bezugs-Bedingungen:

Vierteljähr. ohne „Gärtner-Fachblatt“ durch die Post 3.- Mk. unter Streifband 3,50 Mk. — Sonderbezug des „Gärtner-Fachblatts“ vierteljähr. durch die Post 1.— Mk., unter Streifband 1,30 Mk. — Geschäftl. Anzeigen nur im „Gärtner-Fachblatt“

Die zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder des A. D. G. V. erhalten auch während dieser Zeit die Allgemeine Deutsche Gärtner-Zeitung regelmäßig zugestellt. Die Zustellung erfolgt vierzehntäglich durch Feldpostbrief. Bei etwaigem Ausbleiben ist dies sofort der zuständigen Versandstelle zu melden und dabei jedesmal die genaue Feldadresse (ohne Abkürzungen!) mitzutellen. — Von der Beitragsleistung sind die zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder befreit.
(Mitgliedsbücher sind beim Verbandsamt zum Aufbewahren zu hinterlegen.)

Das „Gärtner-Fachblatt“ wird während der Kriegszeit nicht herausgegeben; sein Anzeigenteil erscheint in dieser Zeit in der „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung“. — Anzeigen-Bedingungen: Die fünfgespaltene Nonpareillezeile 30 Pfg. Bei Wiederholungen Ermäßigung.

Schluss der Anzeigen - Annahme eine Woche vor dem Erscheinungstage.

Alleinige Anzeigen-Annahme:

Josef Wichterich, Leipzig, Bosestraße 6.

Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

Der Ausgang des gegenwärtigen Krieges für Deutschland wird nicht nur abhängen von dem Erfolg unserer Waffen, strategischer Überlegenheit deutscher Heerführer und der Tapferkeit unserer Truppen, er wird auch erheblich beeinflusst durch die Art der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung. Durch die Absperrmaßnahmen, die England herbeigeführt hat, werden der Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln starke Schwierigkeiten bereitet. Es muß versucht werden, möglichst mit den im Lande befindlichen Vorräten und im eigenen Lande erzeugten Lebensmitteln auszukommen.

Dies ist aber einer Bevölkerung von 70 Millionen, deren Bedarf zu einem Teil auf die Einfuhr bestimmter Artikel vom Auslande zugeschnitten war, keine leichte Aufgabe. Mit den getroffenen Maßnahmen kann namentlich die arbeitende Bevölkerung nicht immer einverstanden sein. Wiederholt ist deshalb auch in unserer Zeitung auf Fehler und Unterlassungssünden der Regierungskreise in dieser Frage aufmerksam gemacht und Einspruch dagegen erhoben worden; denn die Arbeiterschaft leidet schwer unter diesen Kriegfolgen, und für große Massen werden gesundheitliche Schädigungen durch Unterernährung nicht ausbleiben.

Um so erfreulicher ist es, daß die Arbeiterschaft selbst imstande war, durch ihre Selbsthilfeeinrichtungen auch auf diesem Gebiete in für die besitzlose Bevölkerung günstigem Sinne zu wirken und so wenigstens zu einem Teile beizutragen, daß ihre Belange bei den Anpassungsmaßnahmen für den Lebensbedarf berücksichtigt werden.

Diese Wirkung üben die Konsumgenossenschaften aus. Auch diesen Vereinigungen, die ihren Stützpunkt in der Arbeiterschaft haben, waren vor dem Kriege in ihrer Entwicklung große Schwierigkeiten bereitet worden. Sie wurden ebenfalls als sozialistische und deshalb staatsfeindliche Bestrebungen von der Regierung und vielen Behörden bekämpft wie auch die Gewerkschaften. Trotzdem entwickelten sie sich und konnten ihren Umsatz von Jahr zu Jahr steigern.

Es ist dies auch nur natürlich. Die Konsumgenossenschaften sind darauf bedacht, ihren Mitgliedern gute Waren zu einem Preise zu beschaffen, der nicht durch private Gewinnsucht beeinflusst ist. Neben der Warenbeschaffung erstreben die Genossenschaften auch die Herstellung von Gebrauchsgegenständen zu gesundheitlich einwandfreien Bedingungen, was ihnen z. B. in einer Reihe von Städten bei der Herstellung von Brot und anderen Nahrungsmitteln in eigenen Betrieben in glänzender Weise gelungen ist.

Die Leistungen der Genossenschaften veranlassen deshalb immer mehr Arbeiterfamilien, namentlich Arbeiterfrauen, die Mitgliedschaft zu erwerben, denn nur an Mitglieder durften bis zum Kriegsbeginn Waren abgegeben werden. Vor dieser Zeit zählten die Konsumgenossenschaften bereits 1 650 000 Mitglieder, und sie hatten im Jahre 1913 einen Warenumsatz von nahezu 675 Millionen Mark.

Daß die Haltung einer so großen Konsumentenvereinigung einen Einfluß auf die Gestaltung des Warenmarktes ausüben kann, muß bei einiger Überlegung auch dem Laien einleuchten. In der Tat haben denn auch die Konsumgenossenschaften bis zu einem gewissen Grade preisbildend während der Kriegszeit gewirkt. Sie beteiligten sich nicht an der Verteuerung der Lebensmittel, die vielfach sofort einsetzte, als in den letzten Tagen vor Kriegsbeginn die Lebensmittelläden von den verängstigten Hausfrauen so stark in Anspruch genommen wurden. Auch nach der Kriegserklärung, als Höchstpreise für einzelne Waren festgesetzt worden waren und in der Praxis unter diesem Preis meist keine Waren abgegeben wurden, verkauften die Konsumgenossenschaften noch immer zu den alten Preisen. Sie taten es so lange, bis sie selber beim Einkauf die Waren teurer bezahlen mußten und dadurch natürlich zu einer Preiserhöhung gezwungen waren. So war lange Zeit z. B. das Brot in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften erheblich billiger als in vielen Bäckerläden, und manche Hausfrau wäre gerade in der Kriegszeit Mitglied der Genossenschaft geworden, wenn nicht jetzt die Beschränkung aufgehoben gewesen wäre, die die Warenabgabe nur an Mitglieder gestattete. Nicht jede Käuferin sieht aber ein, daß sie durch Beitritt die Leistungsfähigkeit der Genossenschaften erhöhen hilft, sondern sie begnügt sich mit dem Vorteil, den ihr andere durch ihre Zugehörigkeit zur Vereinigung verschafft haben.

Die Kaufbedingungen in Geschäften mit so großem Warenumsatz, wie ihn die Genossenschaften aufweisen, können aber nicht ohne Einfluß auf die anderen Geschäfte bleiben. Auch sind die Genossenschaften als Käufer in der Lage, auf die Bedingungen im Großhandel zu wirken. Und sie haben von dieser Möglichkeit nach Kräften Gebrauch gemacht, auch ihre Erfahrungen Regierungskreisen und Behörden zur Kenntnis gebracht, und diese dadurch unterstützt in ihren Bemühungen, dem Nahrungsmittelwucher zu begegnen. Außerdem stellten sie ihre Läden und sonstigen Hilfsmittel den Behörden bereitwilligst zur Verfügung bei dem Vertrieb der von diesen beschafften Lebensmittel. Auf der diesjährigen Hauptversammlung der Konsumgenossenschaften, die im Juni in Frankfurt a. M. tagte, hob der dortige Bürgermeister in der Begrüßungsansprache ausdrücklich hervor, daß die Behörden die Aufgabe, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen zu versorgen, nicht hätten erfüllen können, wenn nicht die Konsumgenossenschaften als Vorbild und als Hilfskräfte vorhanden gewesen wären.

Es muß die Mitglieder der Genossenschaften mit Stolz und Freude erfüllen, wenn sie sehen, daß genossenschaftliches Wirken solche Ergebnisse erzielen kann und erzielt hat. Ein recht bitterer Tropfen aber ist die Erkenntnis, daß eigentlich doch erst ein recht kleiner Teil der arbeitenden Bevölkerung von der Genossenschaftsbewegung erfaßt ist und ihr Einfluß ein ganz anderer sein könnte, wenn erst die große Masse den Wert des Genossenschaftswesens erkannt hätte. Gerade in der Kriegszeit mit ihrer Teuerung, die nicht nur eine Folge der Grenzsperrung ist, wirkt diese Erkenntnis doppelt betäubend.

Bis jetzt ist die Eigenproduktion z. B. noch verhältnismäßig gering. Zwar arbeiteten im Vorjahre bereits 4604 Personen in eigenen Betrieben der Genossenschaften bei der Warenerzeugung. Was bedeutet diese Ziffer aber im Vergleich zum Bedarf der

Massen, die bei Ausdehnung der Eigenproduktion auch die Gewißheit hätten, daß für eine erhebliche Zahl Männer und Frauen geregelte und vorbildliche Arbeitsbedingungen geschaffen sind.

Daher bedeutet die Ausdehnung des Mitgliederkreises der Konsumgenossenschaften nicht nur Vergrößerung ihres Umsatzes, sondern zu gleicher Zeit erhöhter Einfluß der konsumierenden Bevölkerung auf die Arbeitsbedingungen und den Warenmarkt, was für das arbeitende Volk von großer Wichtigkeit ist. Die Kriegszeit hat uns dafür die besten Beweise gebracht.

Die Ernährung der Erhöhungskosten.

Nach den Calwerschen „Monatlichen Übersichten über die Lebensmittelpreise“ hielten die Lebensmittelpreise auch im August d. J. ihre stramm steigende Richtung ein. Die den diesbezüglichen Berechnungen zugrunde liegende dreifache Marinesoldatenration, die zur Ernährung einer vierköpfigen Arbeiterfamilie (zwei Erwachsene und zwei Kinder) als ausreichend angenommen wird, setzt sich wie folgt zusammen:

Rindfleisch . . .	2400 g	Kartoffeln . . .	9000 g
Schweinefleisch . . .	2250 g	Brot	15750 g
Hammelfleisch . . .	2400 g	Butter	1365 g
Reis	450 g	Zucker	1020 g
Bohnen	900 g	Salz	318 g
Erbsen	900 g	Kaffee	315 g
Weizenmehl . . .	1500 g	Tee	63 g
Backpflaumen . . .	600 g	Essig	0,33 l

Die Preise dieser Einheiten stellt das Calwersche statistische Büro jeden Monat nach ziemlich zuverlässigen und einheitlichen Erhebungen der Kleinhandels- und Markthallenpreise in etwa 200 deutschen Städten (Groß-, Mittel- und Kleinstädte) fest und ermittelt daraus u. a. den Reichsdurchschnitt. Auf diese Weise wurden für jeden einzelnen Monat in den letzten Jahren folgende Wochensummen als Kostenpreis einer dreifachen Marinesoldatenration in Mark und Pfennigen ermittelt:

	1912	1913	1914	1915	Veränderung seit 1912
Januar	24,69	26,01	25,57	29,65	+ 20,1 %
Februar	24,83	25,86	25,29	31,49	+ 26,8 %
März	25,18	25,83	25,08	32,90	+ 30,6 %
April	25,74	25,61	24,96	34,41	+ 33,7 %
Mai	25,52	25,43	24,70	36,49	+ 40,9 %
Juni	25,85	25,35	24,73	37,36	+ 44,5 %
Juli	26,10	25,88	25,12	38,16	+ 45,8 %
August	26,66	25,83	26,41	39,13	+ 46,7 %
September	26,63	25,78	26,14	—	—
Oktober	26,26	25,73	27,09	—	—
November	26,08	25,58	27,86	—	—
Dezember	26,03	25,46	28,72	—	—
Jahres- durchschnitt	25,80	25,69	25,97	34,95	+ 38,1 %

Es war demnach die Kaufkraft des Geldes auf dem Lebensmittelmarkt im August d. J. um 46,7 % schwächer als im gleichen Monate des Jahres 1912, dem ersten Jahre der laufenden Tarifperiode im Buchdruckergewerbe (sagt vergleichsweise der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“). Wenn auch feststeht, daß die Ernährung einer Arbeiterfamilie sich weder in der Quantität noch in der Qualität nach jener der deutschen Marinesoldatenrationen richten kann, weil von jeher im allgemeinen das nötige Einkommen dazu gefehlt hat, so ist doch ebenso feststehend, daß die Steigerung der Preise für jene Lebensmittel, die sich eine Arbeiterfamilie nach der durchschnittlichen Lebenshaltung ihres Standes kaufen muß, tatsächlich eine noch viel höhere ist, als sie in vorstehenden Ziffern zum Ausdruck kommt. Denn die Nachfrage der Lebensmittel für die Masse der Bevölkerung kommt allen Lebensmittelproduzenten und -verkäufern heute zustatten und sichert ihnen die Beherrschung des Marktes wie noch nie zuvor. Es fehlt die ausländische Konkurrenz gänzlich, die schon in Friedenszeiten durch die bekannte Schutzzollpolitik zugunsten der Verkäufer auf dem Lebensmittelmarkt übermäßig zurückgehalten wurde. Daraus erklärt sich auch, daß der Widerspruch der Neutralen gegen die englischen Übergriffe auf dem Weltmarkt gegen Deutschland kein allzu ernster ist. Und so erhalten denn auch jetzt die deutschen Konsumenten auf dem Lebensmittelmarkt für das gleiche Geld um die Hälfte weniger Waren als voriges Jahr um die gleiche Zeit. Im Arbeitsverhältnisse (so sagt sehr treffend der Buchdrucker-„Korrespondent“) werden aber von den Arbeitern die gleichen und oft noch höhere Leistungen gefordert als früher. Und da gibt es noch Leute, die den Arbeitern das Recht absprechen wollen, höhere Bezahlung fordern zu dürfen, obgleich diese doch damit nichts anderes wollen, als eine fast bis zur Unzuträglichkeit gesteigerte Verschlechterung der bisherigen Verhältnisse von Leistung und Gegenleistung im Arbeitsverhältnis abzuwehren. Was würde es aber für ein Geschrei geben, wenn die Arbeiter ihre Arbeitsleistungen entsprechend der gesunkenen Kaufkraft ihres Lohnes reduzieren würden?!

Witwengeld.

Vom Versicherungsamt wird der Frankfurter Volksstimme geschrieben: Der Anspruch auf Witwengeld verfällt nach § 1300 der Reichsversicherungsordnung, wenn er nicht innerhalb eines Jahres nach dem Tode des Ehemannes geltend gemacht wird, und Witwen- und Waisenrenten sind nach § 1253 der Reichsversicherungsordnung höchstens für ein Jahr rückwärts, vom Eingange des Antrags gerechnet, zu zahlen.

Es kommt nun im Kriege nicht selten vor, daß ein Versicherter fällt oder infolge einer Verwundung in der Gefangenschaft verstirbt, ohne daß über den Tod eine Nachricht an die Hinterbliebenen gelangt. Die Heeresverwaltung führt vielmehr die Namen derjenigen, über deren Tod ihr nichts Sicheres bekannt ist, unter den „Vermißten“.

Die Folge hiervon ist, daß die Hinterbliebenen nicht in der Lage sind, ihre gesetzlichen Hinterbliebenenrenten-Ansprüche rechtzeitig geltend zu machen, zumal nach § 1265 der Reichsversicherungsordnung das dem Ableben gleich zu behandelnde „Verschollensein“ eines Versicherten erst ausgesprochen werden darf, wenn während eines Jahres keine glaubhaften Nachrichten von ihm eingegangen sind und die Umstände mit Wahrscheinlichkeit für den eingetretenen Tod sprechen.

Hiernach würde in den fraglichen Fällen für die betroffenen Witwen und Waisen die Zahlung des Witwengeldes und der Witwen- und Waisenrente ganz oder wenigstens zeitweise nicht erfolgen können, wenn die Antragstellung erst nach Ablauf eines Jahres seit dem tatsächlichen oder dem gemäß § 1266 der Reichsversicherungsordnung vom Versicherungsamt auf Grund der Wahrscheinlichkeitsannahme festgesetzten Todestage geschieht. Es empfiehlt sich daher, in solchen Fällen, in denen die Angehörigen eines Vermißten mit der Wahrscheinlichkeit seines Todes rechnen können, die betreffenden Hinterbliebenenfürsorgeanträge noch innerhalb eines Jahres seit dem Tage des Vermißtenseins oder der letzten Nachricht des Verschollenseins zu stellen und im Antrage zu bemerken, daß die Sterbeurkunde oder die Todesbescheinigung im Sinne des § 1266 der Reichsversicherungsordnung demnach nachgeliefert werde. In solchen Antragsfällen wird die Landesversicherungsanstalt die Rentenberechnung vornehmen und die Rentenzahlung vorbereiten, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen über die Wartezeit und Erhaltung der Anwartschaft erfüllt sind. Sobald die Sterbebescheinigung dann vorgelegt wird, könnte die Rentenzahlung sofort mit rückwirkender Kraft erfolgen.

Nachrichten von unsern Mitgliedern im Felde.

Aus dem Gau Hamburg:

Cornehl, Hamburg, durch Granatsplitter verwundet, liegt Res.-Laz. Polzin, Abt. Johannsbad. — Quandt, Hamburg, laut Feldpostangabe verwundet. — Arthur Wilde, Hamburg, an Augen und Gesicht verwundet, liegt Universitätsklinik in Freiburg i. Br., Albertstr. 11.

Aus dem Gau Düsseldorf:

Wilh. Pliefke, Köln a. Rh., am 6. Okt. verwundet (linker Ellbogen), liegt im Res.-Laz. III, Blindenanstalt Saal 9 in Neuwied a. Rh. — Ruppert, Düsseldorf, vermißt. — Heiner Eßlinger, Köln, liegt im St. Hedwigskrankenhaus, Falkenberg (Oberschl.). — S. Lewicki, bei einem Sturmangriff rechtes Trommelfell geplagt, liegt Res.-Laz. Ahrweiler bei Coblenz, Station Schäfer. — Arthur Rotsch, Solingen, befindet sich in französischer Gefangenschaft.

Aus dem Gau Frankfurt a. M.:

Braun, Mannheim, bei einer Minenexplosion verwundet (Trommelfellzerreißung beider Ohren), liegt Res.-Laz. K., Columbuschule Zimmer 7, München. — Mack, Mannheim, ist krank, liegt Res.-Laz. München K., Boschetsriederstraße, Schulsaal 4.

Aus dem Gau Berlin:

Konrad Böttcher, Einzelmitglied, ist seit dem 10. Sept. vermißt. — Max Föhler, zuletzt Vertrauensmann in Strausberg, ist in der Champagneschlacht verletzt, liegt im Res.-Laz II, Agnetenkaserne, Trier. — Paul Manske, früher Steglitz, ist verwundet, Lazarett unbekannt. — A. Länger, zuletzt Stadtgärtnerei Berlin, Revier 4, liegt im Seuchenlazarett in Siedlez (Rußland), Baracke 5.

Das Eiserne Kreuz erhielten: Dockhorn, Neukölln; Heinsch, Neukölln; Hoffmann, Stettin; Millgramm, Danzig; C. Vagt, Hamburg.

Rundschau

Fünfundzwanzig Jahre Glasarbeiterverband.

Der Deutsche Glasarbeiterverband blickte am 1. Oktober auf ein fünfundzwanzigjähriges Bestehen zurück. In dieser Zeit hatte

die Organisation recht oft unter sehr schwierigen Umständen zu arbeiten; denn die Glasarbeiter hatten vor allem mit einem in sozialer Beziehung rückständigen und brutalen Unternehmertum zu tun. Sie kämpften gegen Unternehmer, die stets bereit waren, die Niederhaltung der deutschen Glasarbeiter mit Hilfe ausländischer Lohndrücker zu erzwingen. Dazu kam, daß die Fabrikanten sehr bald den Wert der Syndizierung schätzen lernten und auf diesem Wege dann auch gemeinsam gegen die Arbeiter vorgingen. Es gibt wenige Unternehmergruppen, bei denen die Internationalität so weit gediehen war wie bei den Glasfabrikanten. Trotzdem vermochten die Unternehmer nicht den Mut der Arbeiter zu brechen. Gewaltige Kämpfe wurden zum Teil mit weitgehender Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands geführt, die nicht immer erfolgreich für die Glasarbeiter endeten. Maßregelungen mußten viele Glasarbeiter über sich ergehen lassen, die alles übertrafen, was man in andern Berufen in dieser Hinsicht gewohnt war.

In den 25 Jahren seines Bestehens hat der Glasarbeiterverband sehr viel für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geleistet. Seinem Wirken gelang es, die Sonntagsarbeit zu beseitigen. — Durch seine Unterstützungseinrichtungen gewährte der Verband seinen Mitgliedern in vielen Fällen Hilfe. — Das Verbandsorgan war an allen Kämpfen des Verbandes in hervorragendem Maße beteiligt. Die industriellen verklagten es bei jeder sich bietenden Gelegenheit wegen „Beleidigung“, so daß der Redakteur erheblich bestraft wurde. — Wenn der Verband trotz aller Schwierigkeiten mit den übrigen deutschen Gewerkschaften Schritt hielt, so können wir darin den Beweis für die unerschütterliche Tatkraft und den Opfermut der deutschen Glasarbeiter erblicken. Der Glasarbeiterverband kann mit Stolz auf seine Tätigkeit zurückblicken. In der Hoffnung, daß seine Mitglieder auch weiter treu zu ihm stehen werden, wird er auch zukünftig alles daran setzen, um zu ihrem Wohle zu wirken. — Das Fachblatt „Der Fachgenosse“ ist diesmal als Festschrift herausgegeben, in der die Entwicklung des Verbandes geschildert wird.

25 Jahre Verbandssekretär und 1. Vorsitzender

ist jetzt Alfred Metzschke vom Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter und -arbeiterinnen, Sitz Altenburg, S.-A., Seine Tätigkeit für den Verband begann längst vorher. Schon 1883 war er Delegierter zur Generalversammlung, und 1886 wurde er bereits als Beisitzer in den Hauptvorstand gewählt. In unermüdlicher Weise und unter schweren Kämpfen hat Metzschke das Verbandsorgan geleitet und vorwärts gebracht. Während der Verband 1905 noch 4908 Mitglieder zählte, stieg diese Zahl bis zum Anfang des Krieges auf 11 927.

„Der Gastwirtsgehilfe“

die Zeitschrift des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, blickt jetzt auf ein 25jähriges Bestehen zurück. Am 9. Oktober 1890 erschien die erste Nummer des Blattes, welches vom Verein Berliner Gastwirtsgehilfen ins Leben gerufen war. Damals existierten nur in einigen Großstädten Lokalvereine der auf dem Boden der modernen Gewerkschaftsorganisation stehenden Gastwirtsgehilfen. Erst einige Jahre später erfolgte der engere Zusammenschluß der lokalen Vereine. Als Ruhmestitel kann sich der „Gastwirtsgehilfe“ anrechnen, daß er den Blick der Berufsangehörigen zuerst auf sozialpolitische Forderungen gelenkt und mit aller Entschiedenheit die Forderung nach geregelter Lohn an Stelle des Trinkgeldes vertreten hat. Das Wachstum der Organisation der Gastwirtsgehilfen ist zu einem guten Teil dem 25jährigen Wirken des Verbandsorgans zu danken.

Gemeinsamer Aufruf gewerkschaftlicher Konkurrenzorganisationen.

In der Zeitschrift der freigewerkschaftl. Textilarbeiterverbandes befindet sich in der Ausgabe von voriger Woche an erster Stelle ein von den drei für die Textilarbeiter bestehenden Verbänden Hirsch-Dunckerscher Gewerksverein, Christlicher Textilarbeiterverband und Deutscher Textilarbeiterverband — unterzeichneter Aufruf, durch welchen die in diesen Verbänden organisierten Mitglieder zur besseren Erfüllung der Organisationspflichten aufgefordert werden. Der Aufruf weist auf die für die Textilindustrie zu erwartende Krisis hin, durch welche tausende Arbeiter und Arbeiterinnen um den Erwerb kommen würden. Unter diesen Umständen habe jedes Mitglied die unabwiesbare Pflicht, seiner Berufsorganisation in erhöhtem Maße Aufmerksamkeit und Sorge zuzuwenden. Wiederholt ermahnt der Aufruf unter Hinweis auf die großen Leistungen der Verbände während der Kriegszeit zur pünktlichen Beitragszahlung, zur Einigkeit und zum solidarischen Denken und Handeln.

Nichts gelernt und nichts vergessen.

Zu den Fragen einer umfassenden Regelung der Arbeitsvermittlung läßt sich die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ von „geschätzter Seite“ schreiben:

„Mit Entschiedenheit aber muß es die Arbeitgeberschaft abweisen, in allen diesen Fragen je mit Gewerkschaftsvertretern, denn das sind im Gegensatz zu den Arbeitern die eigentlichen Repräsentanten der Sozialdemokratie, und sie leben

meist nur von der Agitation und dem Gelde, das sie den Arbeitern aus der Tasche ziehen, gemeinschaftlich zu tagen, selbst wenn manche Regierungsbehörden die Hinzuziehung solcher Leute aus Unkenntnis des Milieus und der vitalen Interessen von Industrie, Handel und Gewerbe einleiten sollten.“

Wir sind überzeugt, daß nachgerade auch die in Frage kommenden Regierungsbehörden die „geschätzten Seiten“, von denen solche törichte Einwände kommen, richtig schätzen gelernt haben.

„Die ernste Zeit.“

Die „Gewerkschaftsstimme“, das Blatt des christlichen Fabrikarbeiterverbandes, beschäftigte sich in ihrer Nr. 18 mit den Verhältnissen der Zellulosefabrik Simon in Kehlheim. Dort war die Bezirksleitung des genannten Verbandes bei der Direktion um eine Teuerungszulage für die Arbeiter eingekommen. Die Direktion lehnte unter allerhand Gründen ab. Das Verbandsblatt schreibt zu dem ablehnenden Bescheide:

„Wenn gesagt wird, daß, wenn es notwendig sei, der eine oder andere eine Aufbesserung bekommt, so muß doch gefragt werden, hat denn in der jetzigen teuren Zeit nicht jeder Arbeiter eine Aufbesserung oder Zulage nötig? Mancher arme Arbeiter, der eine große Familie zu ernähren hat, hielt schon um Zulage an und die Antwort lautete: „Schämen Sie sich, in der so ernsten Zeit eine Zulage zu verlangen.“

Die „Gewerkschaftsstimme“ zieht daraus folgende Nutzanwendung:

„Das Wort „Durchhalten“ bekommt somit einen sonderbaren Klang. Mehr als lehrreich ist das Verhalten der Fabrikleitung. Möchte die Arbeiterschaft besonders an die Zukunft denken. Der Krieg findet sein Ende, die Teuerung wird aber noch lange Zeit anhalten. Um nun nach dem Kriege einen Ausgleich herbeiführen zu können, bedarf die Arbeiterschaft der Selbsthilfe in der Organisation, denn nur durch diese kann eine Besserstellung erfolgen.“

Krieg und soziale Entwicklung.

Das Blatt der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, „Der Arbeiter“, bringt in seiner Nr. 39 einen Artikel über „Krieg und soziale Entwicklung“. Darin wird bemerkt, daß der Weltkrieg zweifellos die sozialen Gegensätze in ihrer früheren Schärfe gemildert, wenigstens vorläufig in den Hintergrund gedrängt habe. Das Blatt äußert den Wunsch, daß diese sozial versöhnende Wirkung des Krieges auch nach dem Kriege anhalten möge. Dann heißt es:

„Vorläufig ist das allerdings nur ein Wunsch, eine Hoffnung, deren Erfüllung noch zweifelhaft erscheinen kann. Und indem wir solches Ideal der Kriegswirkung wünschen, werden wir gleichzeitig gut daran tun, unsere Hoffnungen darauf nicht zu hoch zu spannen. Das wird uns vor Enttäuschung bewahren und die ungebeugte Arbeitskraft erhalten. Denn neben den Lichtseiten der Kriegswirkungen — Einmütigkeit in der Abwehr der Feinde, Erweckung der nationalen Solidarität, gegenseitige Hilfsbereitschaft usw. — gibt es auch manche Begleiterscheinungen des Krieges, die große Unzufriedenheit in den breiteren Volksmassen erzeugen und eine Verschärfung der sozialen Gegensätze im Gefolge haben müssen.“

Als solche üble Begleiterscheinungen nennt das Blatt erstens die unberechtigten Preistreibereien auf dem Lebensmittelmarkt, zweitens das Verhalten großkapitalistischer Unternehmerränge gegenüber den Arbeitern und ihren Organisationen. Der zweite Punkt wird an einer Reihe von bezeichnenden Beispielen erläutert, worauf es heißt:

„Es ist somit nicht zu viel gesagt mit der Behauptung, daß die großindustriellen Unternehmer die alten geblieben sind. Infolgedessen werden die Gegensätze im Wirtschaftsleben nicht verschwinden, sondern nach dem Kriege mit der alten, vielleicht gar mit verschärfter Heftigkeit aufeinanderprallen. Dem nationalen Verantwortungsgefühl und der Selbstzucht der deutschen Arbeiter ist es zu danken, daß dies nicht — wie in England, Italien usw. — schon während des Krieges geschieht. Auch das muß einmal festgestellt werden.“

Das Verhältnis zwischen Staat und Arbeiterbewegung wird ohne Zweifel durch den Krieg ein anderes, freundlicheres Gesicht bekommen. Aber gegenüber dem großkapitalistischen Unternehmertum wird durch die Ereignisse der Gegenwart nichts geändert werden. Auch nach dem Kriege wird jeder, auch der kleinste Fortschritt durch die Organisation erkämpft werden müssen. Daher heißt es für die Arbeiter, auch während des Tobens des Weltkrieges die wirtschaftliche Rüstung nicht zu vernachlässigen, sondern blank und kampffähig zu erhalten.“

Gegen den Lebensmittelwucher.

Die Generalkommission der Gewerkschaften und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben dieser Tage erneut eine dringende Zusage an den Reichskanzler gerichtet, in der sie alle die Unzuträglichkeiten schildern, die sich auf dem Lebensmittelmarkt breit machen, und die sie folgendermaßen schließen: „Die Preistreiberei auf dem Lebensmittelmarkt

wird von Tag zu Tag schlimmer. Die Zahl derer, die von der Regierung verlangen, daß sie nun endlich ohne Rücksicht auf die gewissenlosen Preistreiber mit fester Hand zugreift, wächst immer mehr. Es sind längst nicht mehr allein die Vertretungen der Arbeiterschaft, die sich an die Regierung um Abhilfe wenden und Anklagen erheben; auch in den Kreisen des Mittelstandes und der weniger hoch besoldeten Beamtenschaft nimmt die Unzufriedenheit mit dem zögernden Vorgehen der amtlichen Stellen ersichtlich zu. Wahrhaftig, es wird die höchste Zeit, daß energisch eingegriffen wird. Sofort nach Ausbruch des Krieges haben die Generalkommission der Gewerkschaften und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei der Regierung ihre Vorschläge zur Verhütung einer Lebensmittelnot unterbreitet; immer und immer wieder haben sie später auf die zunehmende Verschlimmerung der Zustände auf dem Lebensmittelmarkt hingewiesen und Abhilfe verlangt. Alles, was geschehen ist, geschah entweder zu spät oder nur halb. Die Verhältnisse haben sich jetzt derart zugespitzt — nicht aus Mangel an den notwendigen Nahrungsmitteln, sondern als Folge der gewissenlosesten Spekulation ist es so gekommen —, daß für das ganze Volk die größten Gefahren heraufbeschworen werden, wenn nicht auf die unaufhörlichen „Erwägungen“ und Sitzungen verzichtet und endlich zur Tat geschritten wird.“

Wie hohe Preise entstehen.

Einen Einblick in das Treiben gewisser Zwischenhändler gewährt uns die folgende Veröffentlichung des Polizeiamtes in Darmstadt:

„Ein hiesiges Warenhaus verkaufte vor einigen Wochen große Mengen Zervelatwurst (Dauerware). Die aus Schweden stammende Wurst kostete dem ersten deutschen Käufer 2,49 Mark das Kilo. Drei weitere Käufer, darunter auch einer, der seinem Geschäft nach nicht in Frage für Wursteinkäufe kommt, erwarben die Wurst für 2,60, 2,90 und 3,30 Mk. das Kilo. Der letzte Zwischenhändler verkaufte die Wurst an das eingangs erwähnte Warenhaus zum Preise von 3,80 Mk. für das Kilo. Dieses gab die Wurst schließlich zum Preise von 4,70 Mk. für das Kilo an den Konsumenten ab. Der Verdienst der Zwischenhändler hat also die Wurst um 1,40 Mk. für das Kilo verteuert, in die Hände der Konsumenten gelangte sie um 2,30 Mk. verteuert.“

Bis die Wurst an den Verbraucher kam, war sie um fast 100 Prozent im Preise gestiegen! Wer will behaupten, daß es sich hier um eine Einzelercheinung handle? Die Verbraucher stehen aber solchen Praktiken in immer höherem Maße wehrlos gegenüber.

Bekanntmachungen

Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein

Hauptverwaltung: Berlin S 42, Luisenuter 1 — Fernruf: Moritzplatz, 3725 —
Postscheckkonto Nr. 10301, Albert Lehmann, Berlin.

Hauptverwaltung

Diese Woche ist der 42. Wochenbeitrag fällig.

Gaue und Ortsverwaltungen

Gauverwaltungen Frankfurt a. M., Stuttgart und München.

Die Verwaltungen dieser drei Gaue, die seit Februar d. J. Koll. J. Rolke von Frankfurt a. M. aus erledigt, werden, da Koll. Rolke seinen Wohnsitz wieder nach München zurückverlegt, künftighin von München aus bedient werden. Die Adresse lautet: **Joh. Rolke, München, Hefnerstr. 7/0, 3. E. rechts.** — Diese Mitteilung gilt für alle Einzelmitglieder der drei Gaue, für die bisher von dort besorgten Feldpostadressen sowie für die Zweigvereine der drei Gaue, mit Ausnahme der Ortsverwaltungen Stuttgart, Mannheim und Frankfurt a. M., die ihre Geschäfte mit der Hauptverwaltung unmittelbar regeln.

Gauverwaltungen Düsseldorf und Hamburg.

Die Adresse des Koll. Kummer, der die Geschäfte für die Gaue Hamburg und Düsseldorf weiter führt, ist jetzt: **Hamburg 33, Schillerstr. 10.** Alle Briefe, Markenbestellungen der Zweigvereine, Geldsendungen der Einzelmitglieder der Gaue Düsseldorf und Hamburg sind dahin zu richten. Die Kollegen im Felde, die bisher von Kummer die Zeitung erhalten haben, bekommen sie auch weiter von ihm zugesandt.

Düsseldorf. Ortsverwaltung. Das Büro ist jetzt nur noch Mittwoch abends von ½8 Uhr bis ½9 Uhr und Sonntags von 11—1 Uhr offen. Die Geschäfte führt der Koll. **Simanek, Binterimstr. 8, II,** der außer den Bürostunden abends von 7—8 Uhr in seiner Wohnung zu sprechen ist. Arbeitslose oder arbeitssuchende Kollegen melden sich in den Bürostunden und außer dieser Zeit im Büro des Fabrikarbeit.-Verbandes, auch Wallstr. 10, III.

Versammlungen finden immer Samstags nach dem 1. und 15. jedes Monats im Volkshaus, Flingerstraße, statt.

Sterbetafel.

Am 12. Oktober nach langer Krankheit starb unser Mitglied Kollege

Heinrich Möller,

geb. 25. Februar 1848 in Dozenbach, eingetr. 24. Februar 1907 in Hamburg.

Ehre seinem Andenken!

Ortsverwaltung Hamburg.

Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Mitglieder.

Rudolf Diehnel,

geb. 6. April 1896 in Zschaiten, eingetr. 16. Febr. 1913 in Dresden, zuletzt Dresden, auf dem westl. Kriegsschauplatz gefallen.

Eugen Fleischer,

geb. 6. März 1890 in Wegefahrt, eingetr. 12. Sept. 1908 in Lüdenscheid, zuletzt Dresden, auf dem westl. Kriegsschauplatz gefallen.

Franz Griesbach,

geb. 7. März 1885 in Pinnow, eingetr. 15. April 1904, zuletzt lange Jahre in Steglitz, war dort längere Zeit Vorsitzender, fiel am 27. Sept., wahrscheinlich auf dem Serbischen Kriegsschauplatz.

Alois Hasinger,

geb. 14. Juli 1891 in Haidhäuser, eingetr. 8. Juni 1913 in Dresden, zuletzt Dresden, auf dem westl. Kriegsschauplatz gefallen.

Ernst Holz,

diente beim Leibgrenadier-Rgt. Nr. 8 — nähere Personalien hier nicht bekannt —, laut Feldpostangabe gefallen.

Heinrich Koch,

geb. 2. März 1891, eingetr. 7. Aug. 1909, zuletzt in Klein-Machnow (Kreis Teltow) tätig, laut Feldpostangabe gefallen.

Karl Kührt,

geb. 16. Okt. 1885 in Grimma i. S., eingetr. 16. März 1910 in Dresden, zuletzt Dresden, auf dem westl. Kriegsschauplatz gefallen.

Hans Mertens,

geb. 16. Aug. 1894 in Hamburg, eingetr. 21. Febr. 1913 in Bremen, zuletzt Mitglied in Hamburg, am 16. Sept. in Rußland gefallen.

Paul Müller,

geb. 25. Nov. 1893 in Copitz, eingetr. 21. April 1913 in Dresden, zuletzt Dresden, auf dem westl. Kriegsschauplatz gefallen.

Max Stählin,

eingetr. 23. Aug. 1902 in Wiesbaden, zuletzt Kassierer des Bezirks Hamburg-Gr.-Flottbek, am 3. Okt. auf dem westl. Kriegsschauplatz gefallen.

EHRE IHREM ANDENKEN!

Getrocknete Sellerieblätter und getrocknetes Petersilienkraut sucht zu kaufen **W.F. Nauck, Leipzig;** Rosentalgasse 4.

Sämtliche Fachbücher zu Originalpreisen liefert **Andreas Voß,** Voßianthus-Verlag, Berlin SW 57, Potsdamer Str. 64.

50 Morgen Ackerland, dicht b. Brestau sollen f. Gärtnerzwecke, je nach Bedarf geteilt, verkauft werden für Gemüse u. Obstzüchter höchst günst. Angeb. Off. u. G.F. 20950 an Verlag J. Wichterich

Zum sofortigen Antritt bei gutem Gehalt wird ein **Park- und Landschaftsgärtner** für ein größeres Anwesen gesucht, der in selbständiger Tätigkeit bewährt ist. Offerten unter **R. B. G. 333** an **Josef Wichterich, Leipzig, Bosestraße 6.**